

## STEFAN APPELIUS

*Den Ungeist des Militarismus ausmerzen.*

*Fritz Küster 1945 - 1966*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Ingeborg Küster,

Fritz Küster resümierte im März 1965, es sei ein Fehler gewesen, das "Andere Deutschland" (AD) nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion Ende 1962 fortführen lassen zu haben, da mit seiner Politik in Deutschland nichts mehr zu machen sei. Es ist ein ganz unbestreitbares Verdienst seiner Frau Ingeborg Küster, die Zeitung trotz großer Schwierigkeiten und Anerkennung aus dem Leserkreis bis 1969 fortgeführt zu haben. Und doch kann ich mich, was Küsters Feststellung betrifft, man hätte den veränderten Zeiten Rechnung tragen müssen, mit Blick auf die Nachkriegsentwicklung der pazifistischen Wochenzeitung nur anschließen: Das "Andere Deutschland" hatte sich in mancher Hinsicht überlebt; Fritz Küsters Ausscheiden aus der Redaktion, 73jährig, vier Jahre nach einem schweren Schlaganfall, konnte durch die kleine Redaktion trotz großer Bemühungen nicht aufgefangen werden.

Völlig desillusioniert vom ausbleibenden politischen Fortschritt in Deutschland, voll scharfer Kritik an der sich zur Volkspartei etablierenden SPD und tief enttäuscht von der herabgewirtschafteten Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) beschrieb Küster die politische Situation der Bundesrepublik der 60er Jahre bis zuletzt mit unverändert treffendem Scharfblick. Arbeiter und Bauern seien nach seinem Dafürhalten die Kreise, die immer reaktionär anzusprechen

und dabei Untertanen geblieben seien, schrieb Küster seinem Freund und Weggefährten Dr. Theodor Asholt 1963 und bilanzierte wenig später mit Blick auf die Politik in beiden deutschen Staaten, er empfinde diese in Ost und West als gleichermaßen ekelhaft, doch dieses Volk wolle ja belogen sein.

Doch lassen Sie mich, nach dieser vorweggenommenen Bilanz, ins Jahr 1945, zum Wiederaufbau der DFG durch Küster zurückkehren und den Entwicklungsbogen des kämpferischen Pazifisten in seinen letzten 21 Lebensjahren nachzuzeichnen versuchen.

Schon während der Schlußphase der nationalsozialistischen Diktatur riß der briefliche Kontakt Küsters mit maßgeblichen Weggefährten der Deutschen Friedensgesellschaft der Jahre vor 1933 nicht ab. Dies gilt insbesondere für den Freiherrn von Schoenaich und den ehemaligen Geschäftsführer des Rhein-Mainischen Landesverbandes der DFG, Josef Kudrnofsky. Letzterer hatte 1935 die gewaltsame Befreiung Küsters aus dem Konzentrationslager Lichtenburg bei Torgau und dessen anschließende Entführung ins Ausland erwogen und kann für die Phase der Neukonstituierung der DFG ab 1945 neben Küster, Schoenaich und August Bangel als ein Hauptakteur bezeichnet werden.

Der organisatorische Neuaufbau der DFG wurde durch Küster bereits im Sommer 1945 zügig eingeleitet. Küsters Wohnung in der Hannoveraner Ferdinand-Wallbrecht-Straße 73 wurde - anfangs inoffiziell - zur ersten Bundesgeschäftsstelle der DFG. Parteipolitisch beabsichtigte Küster offenbar zunächst erneut der früheren Deutsch-Hannoverschen Partei beizutreten, der er wie erinnerlich, bereits bis 1918 angehört hatte. Während der letzten Jahre der Nazi-Herrschaft hatte Küster regelmäßig an Treffen entschiedener Antifaschisten im Hause des ehemaligen Deutsch-Hannoverschen Landtagsabgeordneten Langwost teilgenommen. An diesen

---

Treffen nahm auch der spätere niedersächsische Ministerpräsident Heinrich Hellwege teil. Nachweisbar ist, daß Küster bereits Anfang September 1945 den Gründern der Niedersächsischen Landespartei, aus der später die Deutsche Partei hervorging, einen Entwurf für ihr Parteiprogramm zuleitete. Am selben Tag, dem 10. September 1945, beantragte Küster bei den alliierten Militärbehörden in Hannover die Zulassung der Deutschen Friedensgesellschaft. Im von Küster formulierten "Vorläufigen Programm" der Deutschen Friedensgesellschaft von 1945 wird die Erziehung im Geiste der Völkerverständigung gefordert und die Gründung der Vereinten Nationen begrüßt. Schon Ende November 1945 wurde die DFG in der britischen Besatzungszone zugelassen. Zu diesem Zeitpunkt war sie die einzige politische Organisation, die, da überparteilich, als unpolitisch angesehen wurde und daher in der gesamten britischen Zone ohne Genehmigung öffentliche Veranstaltungen durchführen durfte.

Am 30. März 1946 fand in Hannover der erste Nachkriegsbundestag der DFG statt. In seinem Verlauf wurde Fritz Küster als Bundesvorsitzender und Paul Freiherr von Schoenaich als Präsident der DFG in ihren Ämtern eindrucksvoll bestätigt. Das am selben Tag verabschiedete Hannoveraner Programm der DFG betont in der von Küster bekannten Deutlichkeit die Mitschuld der preußisch-deutschen Hintermänner des Nationalsozialismus und fordert deshalb die völlige Vernichtung des preußisch-deutschen Militarismus. Am nächsten Tag, dem 31. März 1946, wurde Küster auch in das Amt des Vorsitzenden des neugegründeten Nordwestdeutschen Landesverbandes der DFG gewählt. Nie zuvor hatte er innerhalb der Organisation eine derart unangefochtene Position. Die DFG verzeichnete in dieser unmittelbaren Nachkriegsphase einen ungeheuren Mitgliederzulauf. Obwohl genaue Zahlen noch unbekannt sind, kann davon ausgegangen werden, daß die Mitgliederzahl der DFG in dieser Phase bei weit über 20 000, Schätzungen gehen bis 36 000, Mitgliedern

lag. Der strikt überparteilichen Konzeption Küsters folgend waren im Bundesvorstand der DFG gleichberechtigt Sozialdemokraten, Liberale und Christdemokraten vertreten. Bundestagungen der DFG erhielten in diesen ersten Jahren Grußtelegramme von der CSU bis hin zur KPD und erfreuten sich des größten öffentlichen Interesses in der gesamten Organisationsgeschichte.

Im Dezember 1945 trat Küster, nach einem Gespräch mit Dr. Kurt Schumacher und von diesem geworben, erneut in die SPD ein. Küster beabsichtigte zu diesem Zeitpunkt, das "Andere Deutschland" baldmöglichst wiedererscheinen zu lassen. Daß es dazu nach einer ganzen Reihe von positiven Vorgesprächen erst im August 1947 kam, kann als ein besonders tragischer Umstand bezeichnet werden: Am 18. Februar 1946 hatte der Lehrer Paul Dohrmann aus Hannover eine Küster betreffende Eingabe an die Militärregierung gerichtet. Dohrmann war 1944 als Arbeiter auf eine Eisenbahnbaustelle in Eschershausen dienstverpflichtet worden, der Küster als Bauleiter vorstand. Küster duldete es in der für ihn typischen ruppigen Art nicht, daß dienstverpflichtete Deutsche auf dieser Baustelle dienstverpflichteten polnischen Arbeitern bevorzugt wurden. Für Dohrmann war das im Februar 1946 Anlaß, Küster bei den Militärbehörden als einen "übelen Nationalsozialisten" anzuzeigen. Es ist fast nicht notwendig an dieser Stelle zu betonen, daß Küster alles andere als ein Nationalsozialist war. Dohrmanns Anzeige verlief völlig wirkungslos im Sande. Trotz intensiver Bemühungen gelang es leider noch nicht, einen damals beteiligten Zeitzeugen zu befragen. Paul Dohrmann, gegen den Küster seinerseits eine Anzeige wegen übler Nachrede anstrebte, verstarb bereits vor 30 Jahren. Einzig Kurt Hiller, jener alte Feind Küsters aus Weimarer Tagen, verbreitete nun auch diese Diffamierung des - ich zitiere - "mussolinisierenden Eisenbahnersekretärs" ohne Rücksicht auf den auch hier nicht vorhandenen Wahrheitsbeweis. Der damalige

---

Chefredakteur des "Neuen Vorwärts", Dr. Gerhard Gleissberg, erhielt gleich in mehreren Briefen derartige Warnungen, bis hin zu Hillers Empfehlung, die SPD möge Küster schnellstens ausschließen - und das bereits 1948. So hatten die Anschuldigungen Dohrmanns immerhin zwei Ergebnisse: Das Wiedererscheinen des AD verzögerte sich um mehr als ein Jahr, und Kurt Hiller fand Nahrung für eine weitere, bodenlose Polemik. Der verzögerte Neubeginn des "Anderen Deutschlands", jetzt mit Redaktionssitz in Hannover, begann mit der vorher nie erreichten Auflage von 150 000 Exemplaren, einer großen hauptamtlichen Redaktion und einem völlig neuen Konzept. Unmittelbar zuvor, auf der Frankfurter Bundestagung der DFG im Juli 1947, war Küster vom Vorsitz der DFG überraschend zurückgetreten. Der Grund dafür war zum einen im immer stärker werdenden weltbürgerlichen, von Dr. Spielhoff "utopisch" genannten Pazifismus zu suchen, der sich wenig später in der Weltbürgerbewegung von Garry Davis Platz griff. Zum anderen stieß Küsters neue Konzeption, von der im folgenden noch die Rede sein wird, innerhalb der DFG auf scharfe Ablehnung. Nach außen gab Küster das Wiedererscheinen des AD als Grund für seinen Rücktritt vom DFG-Vorsitz an, doch tatsächlich bestand schon in diesem Zeitpunkt ein ernstzunehmender Bruch zwischen Küster und der DFG. Die im Sommer 1947 beschlossene Trennung von AD und DFG wirkte sich für beide Seiten, Küster wie DFG, letztlich vernichtend aus.

Die Redaktion des "Anderen Deutschlands" hatte sich grundlegend gewandelt, denn Hein Herbers, Heinrich Ströbel und Heinz Kraschutzki standen in der Phase des Neubeginns aus unterschiedlichen Gründen nicht, bzw. nur sehr eingeschränkt zur Verfügung: Herbers lebte in den Niederlanden, Ströbel war in der Schweiz gestorben und Kraschutzki bereitete eine Lehrtätigkeit in Ost-Berlin vor. Statt dessen stand Küster unter seinem neuen Chefredakteur Dr. Hans

Peter aus dem Winckel nun ein ganzer Tross an hauptamtlichen Redakteuren zur Verfügung. Zu den freien Mitarbeitern des AD zählten nach dem Neubeginn u.a. der spätere DPA-Chef Fritz Säger, der spätere Moderator des "Schwarzen Kanals" Karl Eduard von Schnitzler - damals Redakteur beim Nordwestdeutschen Rundfunk - der ehemalige Chefredakteur des "Dortmunder Generalanzeigers" Dr. Jakob Stöcker und der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Wenzel.

Küster hatte seine Nachkriegskonzeption bereits auf dem Zonentag der DFG am 8. November 1946 in Bielefeld vorgestellt. Das Ziel seiner Vorstellungen war, eine straff organisierte, aktionsfähige Friedensbewegung unter Einschluß aller Schichten der Bevölkerung und über alle Parteigrenzen hinweg aufzubauen. Wörtlich heißt es bei Küster:

"Wie im Kriege Sozialisten und Bürger, Katholiken und Freidenker, Arme und Reiche 'Schulter an Schulter' für eine schlechte Sache sterben mußten, so wollen wir in Frieden ebenso gemeinsam freiwillig für die Ideale der Menschheit kämpfen."

Das grundlegend Neue an Küsters Konzeption bestand nun darin, daß er es hierzu für notwendig hielt, einen "Stein aus der Mauer des Nationalismus" zu brechen, also in das von "Stahlhelm" und Militarismus unverdorbenes Bürgertum vorzustößen. Für das neue AD bedeutete dies faktisch eine erheblich moderatere Berichterstattung als etwa in der Weimarer Republik. Für Küster war es durchaus folgerichtig, diese Kursänderung vorzunehmen, denn während er in der Weimarer Republik gegen von ihm kritisierte Verhältnisse arbeitete, war doch nun das angestrebte neue Deutschland erreicht, für das er sich glaubte einsetzen zu müssen. Küster erklärte einige Jahre später in einem Rückblick:

"Durfte man nach 1945 nicht mit Fug und Recht annehmen, daß die von den Besatzungsmächten neu herausgestellten

---

alten Führer der Weimarer Parteien aus (ihren Erfahrungen) gelernt hatten und willens seien, daraus ihre Schlüsse zu ziehen? Mußte man nicht für den Neuaufbau der Demokratie den neuentstandenen Parteien eine Chance geben?"

In der früheren Leser- und auch Mitarbeiterschaft des AD fand Küster dafür kaum Verständnis, hier herrschte durchweg Kritik an der Profillosigkeit des neuen AD, das in den Augen vieler früherer Leser - aber auch ganz objektiv! - schlicht an "Biß" verloren hatte.

Küsters erklärtes Ziel, den Ungeist des Militarismus auszumerzen, sollte auf parteiunabhängiger, breiter Massenbasis erreicht werden. Neben dem AD diente Küster zur Umsetzung dieser Zielprojektion die am 18. Januar 1948 durch ihn in Hannover begründete "Historische Forschungsgemeinschaft 'Das Andere Deutschland'". Der Forschungsgemeinschaft gehörten Vertreter aller Parteien an, darunter zahlreiche ehemalige Offiziere. Zu erwähnen sind der spätere CDU-Bundestagsabgeordnete und Wehrbeauftragte Vizeadmiral a.D. Hellmuth Heye, der spätere NATO-Oberkommandierende General Johann Adolf Graf von Kielmansegg, der frühere Oberstrichter Dr. Freiherr Ernst von Dörnberg, der spätere Bremer Polizeipräsident Oberst a.D. Erich von Bock und Pollach sowie Oberst a.D. Wolfgang Müller. Zu den der Forschungsgemeinschaft angehörenden Politikern zählten u.a. die späteren Ministerpräsidenten Heinrich Wilhelm Kopf und Heinrich Hellwege sowie der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete Pfarrer Dr. Fritz Wenzel.

Was wollte die Forschungsgemeinschaft? Graf Kielmansegg, damals hauptamtlich in Küsters Diensten, erklärte es 1948: Menschen aller sozialen Stufen und aller politischen Überzeugungen, vom Konservativen bis zum Kommunisten, sollten sich - über alles Trennende hinweg - für ein Ziel engagieren: Für den Frieden und gegen eine neue Kriegsschuld-lüge.

Die Forschungsgemeinschaft, der eine Reihe Angehöriger und Überlebender des Aufstandsversuchs vom 20. Juli 1944 angehörten, blieb eine papierene Idee; es kam nicht zu einer einzigen Versammlung ihrer Mitglieder. Lediglich die hauptamtlichen Mitarbeiter Joachim Hoepner, Johann Adolf Graf von Kielmansegg, Erich von Bock und Pollach und Wolfgang Müller bereisten mit Vorträgen zur Geschichte über den Zusammenbruch Nazi-Deutschlands die Westzonen. Zählt man einige Broschüren hinzu, die in dieser Zeit von Mitarbeitern der Forschungsgemeinschaft z.B. über Wehrmachtsjustiz oder über den 20. Juli 1944 veröffentlicht wurden, erschöpfen sich die erreichten Ergebnisse von Küsters ehrgeizigem Projekt bereits.

Unter seinen engsten politischen Freunden stieß Küsters Forschungsgemeinschaft auf nicht weniger harsche Kritik als das neue, moderate, aufbaubereite AD. General von Schoenaich hatte gar nicht unrecht, wenn er Küster schrieb, er habe das Gefühl, Küster wolle die alten Gegner für sich gewinnen, wenn er heikle Dinge nicht berühre. Wörtlich heißt es bei Schoenaich:

"Wir waren früher die einzigen, die es wagten, gegen den Unfug zu Felde zu ziehen, und gerade darin lag unsere Stärke. Wir sollten darin kein Tittelchen ändern."

Doch es war bereits zu spät. Die Währungsreform im Sommer 1948 tat ihr übriges. Die stolze Auflage der Zeitung sank rapide, Küster geriet in Zahlungsschwierigkeiten. Eine anspruchsvolle unabhängige Wochenzeitung ohne Regionalbezug, die erklärtermaßen keinem politischen Lager zuzuordnen war und der in dieser Phase eine gewisse Profillosigkeit tatsächlich nicht ganz abzuspreehen ist, hatte in den Zeiten des knappen Geldes keine Überlebenaussichten.

Binnen weniger Monate stand Küster am Rande des Bankrotts. Eine Schließung noch im Jahre 1948 konnte nur durch die Übernahme des AD in den Verlag der sozialdemokrati-

---

schen "Hannoverschen Presse", zum 1. November 1948, vermieden werden. Küster war damit wegen hoher Druckschulden ökonomisch in völlige Abhängigkeit von der SPD geraten, die Zeitung an ihrem bisherigen Tiefpunkt angelangt.

Hier setzt Anfang 1949 der Konflikt Küsters mit der SPD ein, auf den ich wegen seiner großen Komplexität nur streiflichtartig eingehen kann.

Der Sturz des AD konnte auch durch die Übernahme in den Verlag der "Hannoverschen Presse" nicht gebremst werden. Ende Februar 1949 mußte Küster das Blatt - nachdem die SPD plötzlich die sofortige Begleichung der gesamten aufgelaufenen Druckschulden forderte - endgültig schließen und seine letzten Mitarbeiter, darunter Graf Kielmansegg, entlassen. Daß es den Grafen schon 1950 ins Amt Blank verschlug, gibt Küsters Kritikern nachträglich ebenso recht, wie wohl zu der Konzeption Küsters das Urteil "wirklichkeitsfremd" angebracht ist. Ganz offensichtlich nutzten eine Reihe ehemaliger Militärs in den ersten Nachkriegsjahren das unantastbare Renommee des streitbaren Pazifisten, dessen Kämpfernatur so oft an einen alten Offizier und so gar nicht an einen Pazifisten denken ließ. Als sie des demokratischen Deckmäntelchens nicht mehr bedurften - und dies forciert durch die ökonomische Krise im Küster-Verlag - kam häufig die alte Gesinnung wieder zum Vorschein. Sie hatten Küsters Idealismus mißbraucht und wurden dabei lediglich durch dessen Starrsinn begünstigt, der die rechtzeitigen Warnungen seiner Freunde allesamt ignorierte.

Es darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß es die Vertreter der "Hannoverschen Presse" in einem späteren Rechtsstreit mit Küster ausdrücklich - und man darf wohl annehmen, aus politischen Gründen - ablehnten, einen Vergleich einzugehen. Sie wollten erklärtermaßen das "Andere Deutschland" ein für alle Mal ausschalten. Der Konflikt mit der SPD, der im Sommer 1951 zum Ausschluß Küsters aus

dieser Partei führte, setzt an diesem Komplex unmittelbar an. Küster empfahl der kleinen Leserschaft des AD, zuletzt waren es nur 7600 Abonnenten, in der letzten Ausgabe seiner Zeitung nämlich, künftig die Zeitschrift "Die Deutsche Wirklichkeit - Wochenschrift für undoktrinäre Politik" zu lesen. Man sei sich im AD sicher, daß die Leser in der "Deutschen Wirklichkeit" einen Ersatz für das AD finden würden.

Es entsprach durchaus Küsters Konzeption einer parteiunabhängigen Friedensbewegung, wenn er in jener Phase eine zweifache Übereinstimmung beider Blätter aufzeigt: Zum einen seien beide überparteilich, zum anderen wendeten sich beide an politisch interessierte Kreise, die nicht bereit seien, sich ideologisch festzulegen. Die SPD reagierte auf diese Vorgänge in zweierlei Hinsicht, - in letzter Konsequenz nicht ganz voneinander zu trennen. Einmal war Küster nach geltender Rechtslage vermutlich nicht berechtigt, einen derart weitgehenden Schritt, der naturgemäß den Interessen der sozialdemokratischen "Hannoverschen Presse" entgegenliefe, vorzunehmen. Zum anderen aber verstand sich die "Deutsche Wirklichkeit" als das Sprachrohr der kurz zuvor gegründeten "Deutschen Union", einer kleinen rechtsstehenden politischen Sammlungsbewegung, zu deren Begründern August Haussleiter zählt. Aus der "Deutschen Union" entstand Ende 1949 die rechtsextreme "Deutsche Gemeinschaft", eine Kleinpartei.

Fritz Heine, damals Pressesprecher des SPD-Parteivorstands, machte Küster wenige Wochen später deutlich darauf aufmerksam, was die SPD von Küsters Aktion hielt: Dessen Zusammenarbeit mit einer antidemokratisch und nationalistisch ausgerichteten Organisation sollte der zuständigen Parteiorganisation Grund genug geben, sich mit dem Vorfall zu beschäftigen. Auch heute noch ist es Fritz Heine "völlig schleierhaft", warum sich Küster mit Haussleiter eingelassen habe, hätte er doch - so Heine - dessen politische Tendenz erkennen müssen.

---

Tatsächlich aber mutet Küsters Empfehlung für die "Deutsche Wirklichkeit" durchaus nicht abenteuerlich an. Küster ordnete sich damals politisch dem "Nauheimer Kreis" von Prof. Dr. Ulrich Noack aus Würzburg "100%ig" zu und forderte damit die Neutralisierung Deutschlands auf der Grundlage eines immerwährenden Neutralitätsvertrages, der ein entwaffnetes und von allen Besatzungsmächten geräumtes Deutschland vorsehen sollte. Der leitenden Gruppe des Nauheimer Kreises gehörten u.a. August Haussleiter und der Sozialdemokrat Prof. Dr. Reinhard Strecker an, während Noack zunächst der CSU und danach der FDP angehörte. Eine Querverbindung zwischen Küster und Haussleiter auf der Grundlage eines bürgerlichen Neutralisierungskonzepts braucht deshalb auch für sich genommen nicht zu überraschen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob Küster das Bürgertum, in das er vorzustoßen suchte, nicht stark in seiner Formbarkeit überschätzte und Veränderungsbereitschaft mit politischem Nachkriegsopportunismus verwechselte.

Fritz Küster wurde am 17. Februar 1951 vom Ortsverein Hannover aus der SPD ausgeschlossen. Der seinerzeit direkt am Vorgang beteiligte SPD-Ratsherr und spätere Landtagsabgeordnete Hans Striefler aus Hannover erinnert sich kaum noch an die damaligen Vorgänge; vielleicht auch deshalb, weil es in den 50er Jahren eine große Anzahl an Parteiausschlußverfahren aus der SPD gab. Der Grund des Parteiausschlusses war laut DPA Küsters angebliche Mitgliedschaft im "Nauheimer Kreis". Der ehemalige hessische Kultusminister Reinhard Strecker wurde aus dem gleichen Grund, der Mitgliedschaft im "Nauheimer Kreis", im Januar 1951, wenige Monate vor seinem Tod, 75jährig aus der SPD ausgeschlossen. Es bliebe an dieser Stelle zu ergänzen, daß Küster dem "Nauheimer Kreis" zu keiner Zeit als Mitglied angehörte. Sein Name war lediglich in einer Interessentenliste des "Nauheimer Kreises" verzeichnet. Zu dem damals in der "Neuen Zeitung" geäußerten Verdacht, Küster habe "engen

Kontakt mit der KPD" und sei aus diesem Grunde aus der SPD ausgeschlossen worden, erklärte Küster wörtlich:

"Außer dem Parteivorstand der SPD wird niemand etwas darüber bekannt sein. Mir auch nicht. Selbstverständlich gehöre ich keiner 'anderen Partei als Mitglied an' oder habe Beiträge dafür gezahlt oder gegen die SPD gewirkt."

Küsters Berufung gegen den Parteiausschluß wurde vom Bonner SPD-Parteivorstand mit Schreiben vom 25. Juli 1951, unterzeichnet vom späteren Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke, verworfen. Grund dafür war, daß Küster mit seiner Ablehnung des deutschen Verteidigungsbeitrages eine gleichlautende Position mit dem DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl vertrat, das heißt - 1951 -, eine deutsche Remilitarisierung kategorisch ablehnte.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine kleine Zwischenbilanz. Die SPD schloß Küster wegen dessen Unterstützung einer "Grotewohl-Position" zur Remilitarisierung 1951 aus. Küster habe damit "gegen die SPD" gewirkt. Der gewerkschaftliche Informationsdienst "Feinde der Demokratie" bezeichnete Küster in diesen Jahren wiederholt als einen getarnten Kommunisten. Am 30. September 1951 trat Küster auf einer Massenkundgebung in Düsseldorf "Für freie Wahlen in ganz Deutschland" u.a. gemeinsam mit dem KPD-Vorsitzenden Max Reimann auf. War Küster ein Kommunist? Lassen wir darauf General a.D. Graf Kielmansegg antworten, der mir erst vor wenigen Wochen folgende Einschätzung gab:

"(Küster) war ein Kämpfer für den Frieden, aber keineswegs ein Pazifist für den Frieden um jeden Preis. Er sah die kommunistische Bedrohung mindestens so scharf wie Kurt Schumacher und war in keiner Weise für einen Frieden um den kommunistischen Preis."

Auch diese Einschätzung trifft letztlich, was den angeblich scharfen Antikommunismus Küsters betrifft, nicht zu. Küster

---

war, um es im vereinfachten Raster auszudrücken, weder Kommunist noch Antikommunist. Er war auch kein verlängerter Arm kommunistischer Interessen, wie es SPD und Gewerkschaften sahen. Küster war 1945 angetreten, mit allen Menschen guten Willens gemeinsam für den Frieden zu arbeiten, dies schloß alle verständigungsbereiten Kräfte von links bis rechts ein. Die hier wiedergegebenen unterschiedlichen politischen Einschätzungen Küsters wurden aus parteipolitischer oder ideologischer Sicht gefaßt. Sie können Küster deshalb nicht gerecht werden.

Küsters Rücktritt vom Vorsitz der Friedensgesellschaft wirkte sich nicht nur für die Durchsetzung seiner friedenspolitischen Vorstellungen, denen nun die straffe organisatorische Basis fehlte, sondern auch für die Organisation denkbar negativ aus. Als Küster auf dem Göttinger Bundestag der DFG im Oktober 1948 auch als Beisitzer aus dem Bundesvorstand ausschied, zählte die Organisation nur noch 10 000 Mitglieder. Drei Jahre später, 1951, nach der kurzen weltbürgerlichen Orientierung der Organisation, die 1948/49 in enger Anlehnung an Garry Davis "Weltbürgerbewegung" erfolgte, hatte sich die Mitgliederzahl im rasanten Sturzflug auf 2900 reduziert. Küsters früherer Hagener Weggefährte August Bangel, der ab 1949 als geschäftsführender DFG-Bundesvorsitzender amtierte, beschränkte sich auf die Verwaltung der maroden und zunehmend überalterten Organisation. Küster charakterisierte ihn als "alt, satt und müde", - von früherem Kampfgeist sei keine Spur geblieben.

1949 wurde Küster noch einmal in ein Ehrenamt der DFG gewählt, in das neu gegründete Kuratorium. Auf der Hamburger Bundestagung der DFG, nur zwei Jahre später, im Sommer 1951, war es auch damit vorbei.

Bereits im Frühjahr 1951 hatte sich eine Auseinandersetzung zwischen DFG-Präsident von Schoenaich und dem Bundesvorstand der Organisation entwickelt. Während von Schoen-

aich die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung unterstützte, lehnte der DFG-Bundesvorstand eine solche Unterstützung ab, - man schätzte die Volksbefragung als "prokommunistisch" ein. Küster unterstützte die Volksbefragung und Schoenaich vorbehaltlos und wurde deshalb auf der Hamburger Bundestagung im Sommer 1951, wie auch Schoenaich, aus seinem Amt entfernt. Schoenaich verlor die Präsidentschaft der DFG, Küster den Sitz im DFG-Kuratorium. Während Schoenaich, 85jährig, von den Delegierten anstandshalber zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde, fiel Küster ganz unter den Tisch. Kein Delegierter machte auch nur den Vorschlag, ihn für ein weiteres Jahr ins DFG-Kuratorium zu wählen.

Inzwischen erschien seit einigen Monaten, mit kleiner Auflage, wieder Küsters Wochenzeitung, zunächst unter dem Titel "Ohne uns", und schon wenig später altbekannt als "Das Andere Deutschland". Die Redaktion bestand aus Fritz und Ingeborg Küster, einigen freien Mitarbeitern und lebte ansonsten von den Einsendungen meist langjähriger Leser. Das Verhältnis AD - DFG entwickelte sich in den folgenden Jahren nur sehr zögerlich. Die Organisation war marode, überaltert und verlor ständig an Mitgliedern. Junge Leute schlossen sich fast überhaupt nicht der DFG an, wie auch die damalige DFG-Bundesjugendreferentin Elisabeth Schroeder klagte.

1953 wurde Dr. Alfons Spielhoff aus Essen zum neuen Vorsitzenden des traditionsreichen Westdeutschen Landesverbandes der DFG gewählt. Ein junger Mann, gerade 41 Jahre alt, der sich das ehrgeizige Ziel gesetzt hatte, die DFG aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwecken. In vieler Hinsicht dem jungen Küster und dessen Anfängen in der Weimarer Republik sehr ähnlich, begann Spielhoff die Wiederbelebung des Westdeutschen Landesverbandes. Es blieb ihm nicht verborgen, welche Möglichkeiten die DFG bei einer Zusammenarbeit, einer Reaktivierung der Verbindung DFG/AD

---

gehabt hätte. Spielhoff trat diesbezüglich in einen intensiven Gedankenaustausch mit Küster und plante mit diesem gemeinsam ab Ende 1953 den Neuaufbau. Spielhoff forderte eine straffe Zentralisierung innerhalb der Organisation, die Auflösung der Landesverbände, die enge Zusammenarbeit der DFG mit dem "Anderen Deutschland" und die Ablösung des im Schnitt etwa 60jährigen DFG-Bundesvorstandes. Es ist zu einer Umsetzung dieser Pläne nicht gekommen. Zum einen, weil sich Spielhoff 1953/54 innerhalb der Organisation noch nicht durchsetzen konnte und zum anderen, weil es bereits auf der Essener Bundestagung der DFG im Herbst 1954 zum endgültigen Bruch zwischen Küster und der Friedensorganisation kam.

DFG-Präsident Pastor Wenzel hatte den Vorschlag eingebracht, die Organisation sollte den Versuch unternehmen, Gelder der Bundeszentrale für politischen Heimatdienst zu beantragen. Für Küster ein ganz unmögliches Vorhaben, dessen Realisierung die finanzielle Abhängigkeit der Organisation von der Adenauer-Administration bedeutet hätte und zudem deshalb stark zwielichtig auf Küster wirkte, da er die Bundeszentrale für politischen Heimatdienst für revanchistisch hielt. Küster reagierte auf die Mehrheit der Bundestagung für Wenzels Antrag konsequent und trat noch auf dem Kongreß aus der DFG aus.

Dr. Alfons Spielhoff, mit dem Küster auch weiterhin in engerer Verbindung stand, scheiterte mit seinem Vorhaben übrigens auch. Auf der Wiesbadener Bundestagung der DFG im Herbst 1959, 30 Jahre nachdem Küster die Leitung der Organisation erfolgreich übernommen hatte, ging Spielhoffs Versuch, die Bundesvorstandswahl in seinem Sinne zu entscheiden, endgültig negativ aus. Auch Spielhoff zog die Konsequenz, aus der DFG, deren altgediente Funktionäre sich als zäher als seine Veränderungspläne erwiesen, auszutreten.

Fritz Küster sah in der Neutralisierung Gesamtdeutschlands in den 50er Jahren ein wichtiges politisches Ziel. Er propagierte deshalb für Gesamtdeutschland den Verzicht eines Beitritts zu einer der sich gegenüberstehenden Mächtekoalitionen und den Verzicht auf das Recht der Kriegsführung und der Unterhaltung einer eigenen Kriegsmacht. Bezogen auf die Bundesrepublik bedeutete dies die entschiedene Ablehnung der Remilitarisierung. Die verbreitete und auch von der DFG vertretene Auffassung, die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung sei kommunistisch unterwandert, lehnte Küster klar ab. Nur Abhängige und Feiglinge ließen sich dadurch abhalten, zu sagen und zu tun, was die Stunde erfordere. Männer und Frauen, die für ihre Überzeugung während der Nazi-Zeit - wie er - ins KZ gegangen seien, hätten es nicht nötig, sich von damaligen Komplizen der Diktatur oder von Emigranten mit bewegter Vergangenheit Noten über demokratische oder antidemokratische Gesinnung erteilen zu lassen.

Immer wieder gab es in diesen Jahren Versuche, das "Andere Deutschland", wohl auch wegen seines inzwischen leicht mißverständlichen Titels, als ein kommunistisches Tarnorgan zu diffamieren. So z.B. durch den CDU/CSU-Informationsdienst am 24. September 1952. Küster sah darin den Versuch, die verständigungsbereite Presse durch Verunglimpfungen zu ruinieren. Er reagierte erbittert: Das AD habe seine Grundtendenz schon zu einer Zeit vertreten, als man den Verfassern derartig verlogener Pressenotizen noch die Hosen von hinten zugeknöpft habe. Sie werden sich unschwer vorstellen können, wie Küster einige Jahre später, 1960, reagierte, als der frischgewählte DFG-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Schmidt, in Unkenntnis des vorher Geschehenen, eine gleichartige Vermutung - ganz objektiv natürlich eine Diffamierung - äußerte.

Auf eine ganze Serie von Prozessen, die Küster in den 50er und 60er Jahren aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit zu

---

überstehen hatte, u.a. gegen den früheren SS-General und späteren Bürgermeister Westerlands Reinefahrt und gegen Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß, kann ich aus Zeitgründen nicht eingehen.

Küster, der nach 1951 parteilos blieb, sah die Aufgabe des AD in den 50er Jahren darin, in allen Parteien, ohne Ausnahme von links bis rechts, weiter an Boden zu gewinnen und als "Sauerteig" zu wirken:

"(Das AD) wird gelesen z.B. in der Universität Moskau und in der Pariser Sorbonne, von armen Rentnern, denen es schwerfällt, den Abonnementsbeitrag zu erschwingen, und von Universitätsprofessoren. Und nicht zuletzt auch von politischen Gegnern. Damit beweist es auch seine völlige Ungeeignetheit, in irgendeine Parteischablone eingezwängt zu werden."

Diese Formulierung Küsters ist sicher positiv gemeint und doch deckt sie unfreiwillig auch eine objektive Schwäche des Blattes auf. Denn außer einigen "armen Rentnern" - deren Zahl zudem ständig abnahm - lasen hauptsächlich Intellektuelle in Ost und West das Blatt. Nehmen wir z.B. Max Seydewitz und Thomas Dehler. Nur: Eine Breitenwirkung erzielte "Das Andere Deutschland" schon lange nicht mehr. Da half auch Küsters zynische Einschätzung, jeder Leser halte das Blatt, das er verdiene, nicht weiter.

Politisch propagierte Küster in den 50er Jahren den Ausbau der außerparlamentarischen Opposition, deren Tätigkeit auf überparteilicher Basis zu erfolgen habe. Neutralisten gebe es in jeder Partei und außerhalb der Parteien. Küster forderte ihren organisatorischen Zusammenschluß auf breitester Grundlage, um vor allem die sozialdemokratische Opposition in Zugzwang zu setzen. Dem Adenauerschen Schwertglauben müsse konsequent entgegengetreten werden. In seinem Artikel "Persönlichkeiten nach vorne!" im AD vom 5. Mai 1956 forderte Küster erneut die Bildung einer überparteilichen

Bewegung als Dachorganisation der Friedensbewegung. Als Vorbild seiner Überlegungen nannte er die "von ihren eigenen Vätern zerstörte" Paulskirchenbewegung. Auf diesem Wege könnten auch Männer wie Wilhelm Elfes, der Vorsitzende des Bundes der Deutschen und Dr. Diether Posser, damals ein Mitglied der Gesamtdeutschen Volkspartei, für zentrale Ziele dienstbar gemacht werden. Mit einem überparteilichen zentralen Führungsstab könnte ein Hebel zur Abwehr des Barras, zur Propagierung der Neutralisierung und damit der deutschen Wiedervereinigung geschaffen werden, und wörtlich:

"Tausende aktiver Menschen warten darauf, daß so etwas wie eine neue Paulskirchenbewegung entsteht, aber sie muß dann auch von einem Führerkreis ohne Sonderbestrebungen planmäßig gesteuert werden."

Auch dieser Aufruf Küsters fruchtete, wie wir heute wissen, nicht. Im Gegenteil. Die CDU/CSU erreichte in der Bundestagsneuwahl 1957 einen ungeheuren Wahlsieg, wenn dieser auch ganz sicher nicht als ein Votum für die Remilitarisierung gewertet werden kann. Hier spielten ökonomische Aspekte und der planmäßig gesteuerte Antikommunismus der 50er Jahre eine wahlentscheidende Rolle.

Fritz Küster erlitt im Sommer 1958 einen schweren Schlaganfall. Er hatte jahrelang bis an die Grenzen seiner Kraft gearbeitet, ohne sich auch nur einen Tag Ruhe oder gar Urlaub zu gönnen.

Was wäre angesichts dieser Entwicklung verständlicher als ein Rückzug des 69jährigen Mannes gewesen? Doch getreu seiner alten Devise "Der Kampf geht weiter!" bäumte sich Küster noch einmal auf, lernte mit links zu schreiben und gegen seine Krankheit zu kämpfen. Das kaum glaubliche geschah: Fritz Küster kehrte 70jährig zurück in die Redaktion und führte seine Zeitung noch bis ans Jahresende 1962 weiter,

trotz aller gesundheitlicher Schwierigkeiten und einer Lähmung, die er nie mehr überwand.

Seinem alten Weggefährten Professor Friedrich Wilhelm Foerster schrieb er 1960, für ihre entschieden demokratische Auffassung sehe er in dieser Welt, die ihnen ab 1945 präsentiert worden sei, keinen Platz mehr. Mit den scheinheiligen Freiheitsidealen der westlichen Welt, die den erwachenden Völkern mit der Schnapsflasche und der Bibel Grund und Boden und Freiheit genommen habe, wolle er - Küster - nichts mehr zu tun haben.

Am Sonntag, dem 3. April 1966, wurde Fritz Küster in das Hannoversche Krankenhaus Oststadt eingewiesen. Hier starb er nach zehn Tagen am 13. April 1966 im Alter von 77 Jahren.

Anna Seghers schrieb damals, Küster werde durch seine wertvolle friedliebende Arbeit vielen Menschen im Gedächtnis bleiben. Lassen Sie mich hinzufügen, daß wir unsere Arbeit im Fritz Küster-Archiv unter diesen Vorsatz gestellt haben.